

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 51 (1996)
Heft: 1

Artikel: Milliardengrab Europa
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891894>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Milliardengrab Europa

Seit einem Jahr ist Österreich Mitglied in der EU. Die Biobauern und die Bergbauern haben sich damals verzweifelt gegen den Beitritt gewehrt. Ohne Erfolg. Bereits wenige Wochen nach Beginn der Mitgliedschaft haben sich einige Beitrittsbefürworter verwundert die Augen gerieben. Viel rascher als erwartet hat sich das Preisniveau für österreichische Landesprodukte dem EU-Niveau angeglichen, mit all den verhängnisvollen Folgen für die kleineren bäuerlichen Familienbetriebe. In einem nicht persönlich gezeichneten Beitrag befasst sich die EU-kritische Zeitschrift «Aktives Land» 3/95 mit der EU-Agrarpolitik. Als Hilfe für die eigene Meinungsbildung drucken wir diesen Beitrag hier ab. (Ich weiss schon, die «Grünen» sind jetzt auch für den EU-Beitritt. Das hat sie bei den letzten Wahlen einige Sitze im Parlament gekostet. Ich weiss auch, dass kein Weg an Europa vorbeiführt, wie die FDP auf ihren Wahlplakaten verkündet hat. Aber es könnte sein, dass die Schweiz als Stein des Anstosses in der EU mehr bewegt als wenn sie selber Mitglied wäre. Red.).

Wohin fließen die EU-Gelder?

Das Budget ist die in Zahlen sichtbare Politik eines Staates, im gegenständlichen Fall jene der EU. Was speziell die EU-Agrarpolitik anbelangt, sieht sie ganz anders aus als sie uns in der Regel von den Politikern dargestellt wird. Man redet von den kleinen Beiträgen, deren Verwendung zu akzeptieren ist. Über die fehlgeleiteten grossen und entscheidenden Brocken wird geschwiegen. Wir möchten mit dieser Ausgabe unserer Zeitung einen kurzen Einblick in den allergrössten

Brocken des EU-Haushaltes, das ist der Garantiefonds Landwirtschaft, geben. Für diesen Haushaltsposten müssen rund die Hälfte der gesamten EU-Budgetmittel zur Verfügung gestellt werden. Als Quelle dient uns ein 16-Seiten-Papier mit dem Titel «euronatur HINTERGRUND – Informationen der Stiftung Europäisches Naturerbe (EURO-NATUR) zur Umweltpolitik in Europa». Anschrift der Stiftung: Koblenzer Strasse 9, D-53359 Rheinbach.

Zunächst eine kurze Darstellung des Aufbaus des gesamten EU-Haushaltes.

Der Haushalt umfasst auf der Ausgabenseite insgesamt 6 Einzelpläne, nämlich je einen für die 5 Organe der EU, die in Artikel 4 des Gründungsvertrages der EU festgelegt sind. Dies sind das Parlament, der Rat, der Rechnungshof, der Gerichtshof und die Kommission. Ein sechster Einzelplan existiert seit 1995 für den Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) und den Ausschuss der Regionen (AdR).

Das Gesamtvolumen des 93er Haushaltes betrug im Vollzug auf der Ausgabenseite 64 329 095 142 ECU, im Jahr 1995 im Ansatz 76 527 080 172 ECU. Letzteres sind rund 1000 Mrd. Schilling. Da wir gewohnt sind, in Schillingbeträgen zu denken und es damit in der Regel leichter fällt, Grössenordnungen zu beurteilen, sind in den nachfolgenden Ausführungen jeweils in Kursivschrift die Beträge in Schilling angegeben (bei einem leicht aufgerundeten Kurs 1 ECU = 13 S) und sodann in normaler Schrift die jeweiligen Beträge in ECU. Die Ausgaben verteilen sich, wie im nachfolgenden Kasten dargestellt.

Einzelplan	Organ	Schilling	ECU	%
I.	Parlament	10.963.173.000	843.321.000	1,1
II.	Rat	3.984.851.000	306.527.000	0,4
III.	Kommission	976.431.040.000	75.110.080.356	98,15
IV.	Gerichtshof	1.491.711.000	114.747.700	0,15
V.	Rechnungshof	648.746.400	52.672.800	0,07
VI.	WSA und AdR	1.296.507.110	99.731.316	0,13
		994.852.040.000	76.527.080.172	100

Etwas vereinfacht ausgedrückt kann man sagen, dass die Einzelpläne I, II, IV, V und VI die politischen Organe der EU betreffen und Einzelplan III die Mittel für die «EU-Regierung».

Unser Hauptinteresse muss nun vor allem der Einzelplan III, also dem Kommissionshaushalt gelten, da er den allergrössten Teil des Haushaltes betrifft. Dieser gliedert sich wieder in den Teil A (Verwaltungsmittel) für die Kommission und den Teil B (Ausgabenpolitik der EU). Der letztere gliedert sich, wie aus nachfolgender Übersicht ersichtlich ist, in 9 Teileinzelpläne. Der grösste Brocken ist hier – wie schon erwähnt – der Garantiefonds für Landwirtschaft (Teileinzelplan B1 «Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft – EAGLF), dem wir hier nun unsere nähere Aufmerksamkeit widmen wollen.

Der Posten umfasst mittlerweile (1995) einen Ansatz von 486,512 Mrd. S, 37,424 Mrd. ECU. Der Ansatz ist, trotz der Versprechungen der Verantwortlichen, die behaupteten, die Agrarausgaben würden sinken, in den letzten Jahren immer weiter angestiegen.

Ausgaben 1989
24 406 071 929 ECU
Ausgaben 1991
31 067 714 045 ECU
Ausgaben 1993
34 590 432 197 ECU
Ansatz 1995
37 424 000 000 ECU

Gas geben und bremsen gleichzeitig

Die Ausgaben werden weiter zunehmen, wie die mittelfristige Finanzplanung deutlich macht. Die Agrarausgaben dienen u.a. dazu, die agrarpolitischen Ziele

der EU, die seit den römischen Verträgen von 1957 unverändert gelten, umzusetzen. Eines dieser Ziele ist es, die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern. Auf der anderen Seite werden, da die Landwirte zu viel produzieren, weil sie zu produktiv sind, Milliarden ausgegeben, damit nicht mehr produziert wird bzw. damit keine Überschussprodukte erzeugt werden. So zu handeln – also auf der einen Seite «Gas» zu geben und auf der anderen Seite zu bremsen – ist im normalen Leben Zeichen einer schweren Geisteskrankheit. Eine solche Politik zu verstehen ist nur möglich, wenn man sich darüber klar ist, dass diese Politik nicht für den grössten Teil der Bauern gemacht wird, sondern von der Agrar- bzw. Lebensmittelindustrie und den Grossagariern in der EU entscheidend bestimmt wird. Allgemein hört man die Meinung, der Garantiefonds für die Landwirtschaft sei der Topf, aus dem die Bauern schlecken können. Doch weit gefehlt: die Bauern profitieren am wenigsten von diesem EU-Budgetposten, denn meistens setzt die «Intervention» dann an, wenn der Bauer das Produkt bereits aus den Händen gegeben hat. Bei den Exporteuren, bei der Verarbeitung, bei Lagerhausbesitzern usw. Und hierunter leidet auch die Umwelt! Warum? Weil die Bauern

nach wie vor durch die verfehlte Agrarpolitik gezwungen werden, immer intensiver zu produzieren, um bei rapide sinkenden Preisen über eine Mehrproduktion noch ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Die intensive Agrarproduktion ist hingegen verantwortlich für die Belastung der Umwelt und damit verbunden für das Aussterben bzw. den Rückgang zahlloser Tier- und Pflanzenarten. Die Versuche, die seit 1992 unternommen werden, um auch eine etwas intensivere Produktion zu unterstützen, werden an diesem Dilemma nichts ändern. Bereits in den 20er und 30er Jahren wurde in den USA mit einer zum jetzigen EU-System äquivalenten Flächenstilllegungs- und Direktzahlungspolitik versucht, genau die Probleme in den Griff zu bekommen, die heute in Europa feststellbar sind. Vergebens!

Verdienen an oder in der Landwirtschaft

Doch wer, wenn nicht die Bauern, profitiert heute vom «Agrar»haushalt? Die Analyse ergibt ein eindeutiges Bild: Es ist die der Landwirtschaft nachgelagerte Agrarindustrie. Geld wird heute an der Landwirtschaft, nicht mehr in der Landwirtschaft verdient. Und dies kann bei die-

ser Agrarpolitik auch nicht verwundern: Um die einzelnen Posten richtig einschätzen zu können, muss man wissen, dass die Agrarpolitik der EU auf mittlerweile 4 Säulen steht:

1. auf Preis- und Absatzgarantien für landwirtschaftliche Produkte,
2. auf sog. Abschöpfungen und
3. auf Exportsubventionierungen.

Eine vierte Säule ist mit der sogenannten «Reform» der Agrarpolitik im Jahr 1992 dazugekommen. Es handelt sich um Prämien für die Stilllegung von Flächen, von Höfen bzw. um Produktionsextensivierungen. Auf der anderen Seite wird hingegen nach wie vor die Produktivitätsentwicklung gefördert, obwohl aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Gründen diese längst unerwünscht ist.

Was bezwecken nun die einzelnen Säulen der EU-Agrarpolitik, was kosten und was bewirken sie?

Die im Vergleich zum «Weltmarkt» etwas teureren Agrarprodukte, die in der Europäischen Union hergestellt werden, würden von billigeren Produkten aus anderen Staaten verdrängt werden, wenn man sie nicht mit einer Art Zoll «schützen» würde. Kommen also solche billigere Produkte in die EU, dann werden sie preislich auf EU-Niveau hochgehievt, sie werden mit einer sogenannten «Abschöpfung» versehen. Dies ist eine Einnahme, die von den Mitgliedsstaaten, in denen die entsprechenden Produkte eingeführt werden, erhoben wird. Sie fliesst dann dem Haushalt der EU zu, stellt somit eine der direkten Einnahmequellen für den EU-Haushalt dar. Im Haushaltsplan 1995 wird die Abschöpfung als Einnahmeposten mit 12,298 Mrd. S, 946 Mio. ECU angesetzt.

Das ist sicher keine geringe Einnahmensumme. Gemessen an dem, was für den Export und die Verwertung der Überschüsse ausgegeben wird, sind es aber nur rund 13 %.

1993 lag der Ansatz noch bei 16,419 Mrd. S, 1 263 Mrd. ECU. Er ist u.a. deshalb reduziert, weil mittlerweile die Preise innerhalb der EU sanken, also die Höhe der Abschöpfung pro Produkt geringer wurde.

Teure europäische Agrarprodukte hätten ausserhalb der Union natürlich aufgrund des Preisniveaus kaum Absatzchancen. Deshalb subventioniert man den Export von bestimmten Produkten, man zahlt sogenannte «Erstattungen».

Welches sind nun die 3 grossen Profiteure dieser Agrarpolitik?

Profiteur Nr. 1: Die Agrarexportindustrie

Allein ca. 97,5 Mrd. S, 7,5 Mrd. ECU wird für «Erstattungen», für eine Agrarexportsubventionierung ausgegeben. Und hier von profitieren die Exporteure, Händler und Transportunternehmen. Am teuersten ist in 1995 der Export von Milchprodukten mit 25,22 Mrd. S, 1,94 Mrd. ECU, gefolgt von Zucker mit 18,2 Mrd. S, 1,4 Mrd. ECU, dem Rindfleischexport mit 16,9 Mrd. S, 1,3 Mrd. ECU, und Getreideexporten mit ebenfalls 16,9 Mrd. S, 1,3 Mrd. ECU. Durch das Herunterfahren der Preise in der EU ist die Differenz zum Weltmarktpreis geringer geworden; und somit haben sich die Ausgaben bei den vorgenannten Posten gegenüber 1993 etwas verringert. Trotzdem ist es keineswegs so, dass die EU z.B. ihre Exportorientierung aufgeben hätte.

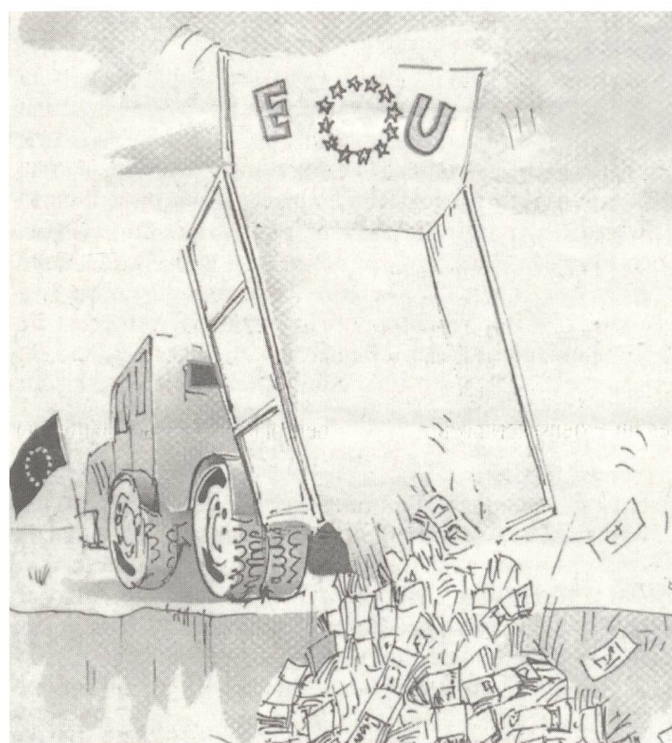
Es gibt ein paar kleinere, sehr interessant klingende Haushaltstitel, die nicht unerwähnt bleiben sollen. Beispielsweise existiert ein Haushaltstitel mit dem Namen «Erstattungen für in Form von bestimmten alkoholischen Getränken ausgeführtes Getreide», 1995 immerhin 585 Mio. S, 45 Mio. ECU umfassend und damit grösser als die Menge an Geld, die aus dem EU-Haushalt dem Naturschutz zur Verfügung steht.

Können Sie sich vorstellen, wie stark ein Bauer vom Export der Schnapsindustrie profitiert? Gar nicht. Aber genau die Schnapsindustrie (z.B. spanischer (!) Whisky) wird mit diesem Titel gefördert!

Natürlich fasst man sich bei manchen Titeln an den Kopf. «Gemäss dem Zuckerprotokoll des AKP-EWG-Abkommens und dem Sonderabkommen mit Indien... werden jährlich etwa 1 300 000 Tonnen Zucker eingeführt; da sie selber Überschüsse aufweist, muss sie eine entsprechende Menge ausführen; die Kosten für Ausfuhrerstattungen ... lassen sich für 1995 auf 10,166 Mrd. S, 782 Mio. ECU, veranschlagen.» Viel Geld also für eine Hin- und Herschieberei von Zucker auf dem Weltmarkt. Eine Massnahme, mit der die Bauern bei uns keinesfalls etwas zu tun haben, von der sie nicht profitieren, die aber als Agrarsubvention tituliert wird. Natürlich haben auch die indischen Kollegen kaum einen Vorteil davon. Denn Zucker ist das Produkt der Zuckerfabrik, nicht der Bauern. Ein Bauer profitiert, wenn überhaupt, nur indirekt über die Stützung des Verarbeitungsproduktes.

Gleiches wie beim Zucker passiert bei Butter, einem anderen Überschussprodukt in Europa: eine Einfuhr von 51 830 Tonnen aus Neuseeland kostet den EU-Haushalt 1995 netto etwa 1,287 Mrd. S, 99 Mio. ECU, eine Lie-

ferung von 591 000 Tonnen Rindfleisch etwa 12,324 Mrd. S, 948 Mio. ECU, die Einfuhr billiger Getreidesubstitute, die unser Getreide aus den Futtertrögen verdrängen, was zur Folge hat, dass es aufwendig exportiert werden muss, ca. 15,6 Mrd. S, 1,2 Mrd. ECU. Vergleichsweise billig ist der Luxus, den wir uns in Punkto Olivenöl leisten. Auch hier gibt es Überschüsse, aber hier gibt es Exportsubventionen (1995: 949 Mio. S, 73 Mio. ECU), doch auch hier werden – trotz der Überschüsse – billige



Einfuhren zugelassen. Aus Tunesien kommen 46 000 Tonnen Olivenöl zu billigeren Konditionen, den Steuerzahler kostet dies ca. 377 Mio. S, 29 Mio. ECU.

An einem ebenfalls vergleichsweise kleinen Posten kann man die fatale Wirkung der verworrenen Regelungen sowie die Umwelt- und Sozialfolgen ein wenig verdeutlichen. Die EU hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zwar kaum in die Geflügelproduktion eingemischt. Dennoch: in 1995 stehen 260 Mio. S, 20 Mio. ECU, für den Export von Eiern zur Verfügung. Diese

Summe greifen natürlich hauptsächlich Grossproduzenten ab, die ihre Legehennen in engen Käfigen unter aus Tier- und Umweltschutzsicht erbärmlichen Bedingungen halten. Die Niederlande beispielsweise exportieren mehr als 30 Millionen Eier pro Jahr nach Hongkong (per Flugzeug). Eine Energieverschwendung erster Güte und eine Umweltbelastung zudem. Die Tiere werden zumeist mit Importfuttermitteln gefüttert, die heimisches Getreide verdrängen (s.o.). Der Anbau dieser

Futtermittel geschieht in den Ländern der 3. Welt oft unter grossen sozialen und ökologischen Problemen. So verdrängen dort beispielsweise die hauptsächlich in grossflächigen Monokulturen angebauten Futtermittel heimische Nutzpflanzen, die dringend für die Ernährung der Bevölkerung benötigt werden. In Europa hingegen gibt es wiederum auch aufgrund der subventionierten Eierproduktion zuviel Federvieh. Also stellt die EU 1,482 Mrd. S, 114 Mio. ECU, für die Exporterstattung von Geflügel zur Verfügung.

Profiteur Nr. 2: Die Nahrungsmittelindustrie

Ein weiterer grosser Haushaltsposten im Garantiefonds ist die Unterstützung der Nahrungsmittelindustrie. Im Haushaltsplan 1995 stehen dafür mehrere Milliarden ECU bereit. So z.B. 1,742 Mrd. S, 134 Mio. ECU für die Kartoffelstärkeproduzenten (Bauern produzieren bekanntlich Kartoffeln), 5,174 Mrd. S, 398 Mio. ECU für «Produktionsbeihilfen für Verarbeitungserzeugnisse aus Tomaten» (Bauern produzieren Tomaten), 9,503 Mrd. S, 731 Mio. ECU für die Magermilchverwendung (Bauern produzieren Milch) usw. In diesem Etat enthalten sind beispielsweise auch 5,226 Mrd. S, 402 Mio. ECU für die Vernichtung (und kostenlose Verteilung) von Obst. Wie stark die Lobby der Ernährungsindustrie ist, zeigen Haushaltsposten wie «B1 – 1514». Er enthält 156 Mio. S, 12 Mio. ECU, als «Beihilfen für Ananaskonserven». Hievon profitieren die Bauern ebensowenig wie von den 26 Mio. S, 2 Mio. ECU für «Beihilfen für verarbeitete Himbeeren». Noch deutlicher wird es am Haushaltsposten B1 – 1112. Er hält als «Beihilfen für die Verwendung (von Zucker) in der chemischen Industrie» in 1995 gleich 923 Mio. S, 71 Mio. ECU bereit, mehr als das LIFE Programm für den Natur- und Umweltschutz insgesamt zur Verfügung hat. Hier existiert eindeutig eine Subventionierung der chemischen Industrie, die einen Stoff aus der Agroindustrie abnehmen soll. Tituliert wird es als Agrarsubvention.

Warum hinterfragen wir die Subventionierung der Nahrungsmittelindustrie? Was sollen diese Beispiele zeigen? Dass erhebliche Summen aus dem Agrartitel des EU-Haushaltes der umwelt- und strukturzerstörenden Agroindustrie zugutekommen und an den Bedürfnissen einer bäuerlichen und umweltverträglichen Landwirtschaft vorbei laufen. Denn alle Massnahmen haben

direkt oder indirekt Einfluss auf die produktionstechnische Ausrichtung der Betriebe und somit auch Konsequenzen für die Arbeit auf dem Acker und im Stall – und für die Umwelt.

Profiteure Nr. 3: Lagerhallenbesitzer

Der europäische Tabak schmeckt im übrigen den Europäern nicht so gut. Deshalb gibt es Exportsubventionen (insgesamt 273 Mio. S, 21 Mio. ECU). Bevor aber die Exportprodukte die EU verlassen, werden sie z.T. über lange Zeiträume zwischengelagert. Nutznießer sind die Besitzer von Kühl- und Lagerhäusern. Die Lagerung ist ein weiterer grosser Posten im Garantiefonds, er umfasst in 1995 weit über 26 Mrd. S, 2 Mrd. ECU. Für die Getreidelagerung werden mehr als 5,239 Mrd. S, 403 Mio. ECU, für Rindfleisch 1,248 Mrd. S, 960 Mio. ECU, veranschlagt, und auch für Zucker (5,291 Mrd. S, 407 Mio. ECU), Butter (2,340 Mrd. S, 180

Mio. ECU) und Käse (1,313 Mrd. S, 101 Mio. ECU) sind dreistellige Millionenbeträge (in ECU) aufzubringen. Kein Profit für die Bauern, wohl aber für Lagerhausbesitzer und für die Lebensmittelindustrie. Viele Grosshandelsketten beispielsweise, die auf der grünen Wiese ihre Zentren aufgebaut haben und somit zum weiteren Anwachsen des Verkehrs beitragen, haben selbst gar keine Kühllhäuser mehr, sondern bedienen sich der vom Steuerzahler gestützten EU-Kühlstätten!

Stillegung – ist das Bauern- und Umwelthilfe?

Ein weiterer, sich in den letzten Jahren dramatisch erhöhender Posten, der im übrigen von den Agrarpolitikern immer gern als Beweis für die Reform hin zu einer umweltverträglicheren Landwirtschaft angeführt wird, ist die Stillegung von Flächen und Menschen sowie die Ausgaben für Extensivierungen.

Insgesamt fast 104 Mrd. S, 8 Mrd. ECU, stehen im 95er Haushalt bereit, um Flächen stillzulegen, Obst zu vernichten, Wein zu Alkohol zu destillieren, die Aufgabe der Milchviehhaltung und des Weinbaus zu fördern sowie für die flankierenden Massnahmen (z.B. Vorruhestand) und für Extensivierungen. Genau genommen Mittel, damit Landwirtschaft nicht mehr betrieben wird!

Knapp 104 Mrd. S, 8 Mrd. ECU, um den Wahnwitz der geförderten Überproduktion in den Griff zu kriegen. **Dies ist keine Landwirtschaftspolitik, sondern schlechtes Krisenmanagement, das die Abschaffung der Bauern fördert. Die Massnahme dient eher der Ausdehnung der Agro-industrie denn der Stabilisierung einer bäuerlichen, umweltverträglichen Landwirtschaft.** Viele Bauern sind nämlich nicht gewillt, auf Dauer ihre Existenz über Ausgleichszahlungen absichern zu wollen. Nachdem allein von 1970 bis 1990 mit 8 Mio. Arbeitsplätzen ca. die Hälfte der

damals in der Landwirtschaft der 12 EU-Staaten noch vorhandenen Arbeitsplätze durch die Agrarpolitik wegrationalisiert wurden, bedeutet die Ausgleichspolitik lediglich eine Verlangsamung des immer noch gewünschten Strukturwandels hin zu intensiveren Agrarstrukturen.

Schon vor einigen Jahren wurde festgestellt, dass 6% der Getreidebauern 50% der Getreidefläche besitzen und 60% der Erträge erbringen, dass 15% der Milchbauern 50% der Milchmenge und 10% der Bullenmäster 50% des Fleisches produzieren.

Wenn die Entwicklung so weitergeht, wie sie von der EU auch noch direkt oder indirekt gefördert wird, erhöht sich die Konzentration noch weiter und nimmt das Bauernsterben weiter zu.

Bioland Schweiz – zum Nulltarif nicht möglich

Seit einiger Zeit macht das Schlagwort «Bioland Schweiz» Medien- und Politikkarriere. Einige Verfechter dieser Vision behaupten gar, es sei möglich, den Schweizer Konsumenten Bio-Produkte «zu EU-Preisen» anzubieten, wenn ihre (einfachen) Rezepte umgesetzt würden.

Das Schlagwort «Bioland Schweiz» schürt, so wie es eingesetzt wird, falsche Hoffnungen. Die ökologischen und sozialen Probleme der Schweizer Landwirtschaft lassen sich – so schön dies auch wäre – nicht mit einigen wenigen Federstrichen lösen. Es braucht differenzierte Regelungen, die auf die jeweiligen Probleme zugeschnitten sind.

Es ist unverantwortlich zu suggerieren, eine ökologische Landwirtschaft könne quasi zum Nulltarif angeboten werden. Denn flächendeckender Biolandbau, so sinnvoll und notwendig er ist, kann nicht die Bundeskasse entlasten, das Grundwasser und die Luft schützen, die Nutztiere artgerecht halten und gleichzeitig den Konsumenten vorgaukeln, sie könnten bald Schweizer Bio-Lebensmittel zu heutigen Preisen für konventionelle EU-Lebensmittel kaufen.

Schon die Studie über die Möglichkeiten eines flächendeckenden Biolandbaus in Zug brachte Resultate, die bis heute immer wieder bestätigt worden sind:

Der kontrollierte, gesamtbetriebliche Biolandbau ist deutlich kostenaufwendiger als konventionelles Wirtschaften.

Unsere Botschaft ist ehrlich: Eine ökologische Landwirtschaft ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wer das Gegenteil sagt, akzeptiert in Tat und Wahrheit ein grosses Bauernsterben und deutlich ansteigende Importe, ist mithin nicht an einer flächendeckenden Landwirtschaft auch in den Randgebieten interessiert.

Daniel Brunner, Präsident IG Bio Zug, anlässlich einer Pressekonferenz zum Rückzug der BuK-Initiative.

Aus einzelbetrieblicher Sicht ist dieser Aussage nichts beizufügen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht hingegen hat Herman Priebe in seinem Buch «Die subventionierte Unvernunft» schon 1985 dargelegt, dass eine umfassende Ökologisierung die Gesellschaft letztlich billiger zu stehen kommt, als die Reparatur von Schäden an der Umwelt oder die «Eliminierung» von Überschüssen einer zu intensiven Landwirtschaft. Weil sich aber die Regierungen aller Staaten um einen echten Schutz der Umwelt und die Vermeidung der Schäden drücken, d.h. die Folgen künftigen Generationen überbinden, geht die Rechnung für die Biobauern heute nicht auf.
(Red.)